

**Weltweiter Aktionstag am 6.10.2008  
„Recht auf Wohnen für alle!“**

## **"Kein Frieden beim Wohnen von Berliner Bedürftigen"**

Der weltweite Aktionstag „Recht auf Wohnen“ wird seit Jahren mit Aktionen, Besetzungen und Veranstaltungen von vielen Menschen in der Welt begangen, die mühevoll für eine Wohnung oder bessere Wohnbedingungen kämpfen. Der diesjährige Aktionstag in der Bundesrepublik Deutschland ist der Gruppe der BezieherInnen von Grundsicherung bei: Erwerbsfähigkeit, im Alter und bei Erwerbsminderung gewidmet, die wegen schlecht gemachten Gesetzen und kommunalen Richtlinien Hunger und Armut erleiden und Schulden anhäufen. Mitunter verlieren sie wegen der unflexiblen Reaktionen der Ämter ihre Wohnung.

### **Hungern für die Zerstörung anderer Länder ist pervers**

Seit 2004 streiten sich Wissenschaftler, Politiker und Hartz IV-Beziehende um die Höhe der Regelleistung. Seit dem wächst die Inflation um jährlich 2-3 Prozent. Die Regelleistung hat sich seither jedoch gerade um 6 Euro erhöht. Und das auch nur, weil die Rentenanpassungen der Jahre 2012 und 2013 vorgezogen wurden, um dem Zorn der RentnerInnen entgegenzuwirken. Das entspricht einer einmaligen Anpassung von 1,7 Prozent der Regelleistung pro Jahr für die Grundsicherungen für die Jahre 2007 und 2008. Zwar ist die Bundesregierung nicht bereit, die Regelleistung unabhängig von der Steigerung der Renten zu erhöhen, aber Geld für Kriegsmaschinen zur Zerstörung anderer Länder, für Soldaten in Afghanistan, für die „Innere Sicherheit“ und andere destruktive Zwecke ist jederzeit vorhanden.

### **Für ein Existenzgeld, das seinen Namen verdient**

335.000 Bedarfsgemeinschaften in Berlin leben von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Die genaue Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist unbekannt. Mit einer Regelleistung von 351 Euro im Monat kann jede und jeder kaum überleben. Die Regelleistung von derzeit 351 Euro reicht oft nur für zwei Wochen, um Essen zu kaufen, da wachsende Strompreise, Versicherungen und Gesundheitskosten außerdem daraus bestritten werden müssen. Das ist selbst dann der Fall, wenn einkommenstarke Berliner Stadtpolitiker Wein trinken und Wasser predigen.

Die BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen fordert deshalb seit Jahren ein inflationsangepasstes Existenzgeld, speziell seit 2005 in der Höhe von 800 Euro + die tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung sowie Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.

### **Tatsächliche Mietübernahme statt Erbsenzählerei**

Vor ein paar Monaten hat das Bundesministerium für Finanzen in einem Schreiben die Stadt Berlin wegen angeblich zu hohen Zahlen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung gerügt. Positionen einer im Bundesmaßstab als fortschrittlich ausgewiesenen Richtlinie für das Wohnen, speziell wegen dem einjährigen Bestandsschutz, der Regelung der Bruttowarmmiete ohne Quadratmeterfestlegung sowie Härtefallregelungen sollen plötzlich durch DIE LINKE und die SPD im Senat zur Disposition gestellt und in einer Bund-Länder-Kommission ganz neu erörtert werden.

Spätestens zum 1.7.2009 ist eine neue "AV Wohnen" von der rot-roten Landesregierung zu erwarten. Mit einem Mal wird aus ganz unerwarteter Richtung eine Aufteilung der angemessenen Bruttowarmmiete in angemessene Nettokaltmiete, angemessene Betriebskosten und angemessene Heizkosten und eine Quadratmeter-Regelung in die Debatte gebracht. Diese Aufsplitterung hat für die Arbeitslosengeld II-Beziehenden negative Folgen. In Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf oder manchmal in Neukölln werden tatsächlich diese

einzelnen Positionen kontrolliert. Das bedeutet, dass Alg II-Beziehende nachweisen sollen, dass diese einzelnen Kosten gerechtfertigt sind. Das ist Sparpolitik zugunsten der Stadt Berlin und gegen die konkreten Interessen der Alg II-Beziehenden.

### **Soziale Situation darlegen statt verschleiern!**

Laut Statistik werden nach 2006, 2007 mehr als 9.871 Bedarfsgemeinschaften in Berlin nur noch die angemessenen Kosten der Unterkunft gezahlt. Sie alle zahlen derzeit zwischen 20 Euro und 140 Euro aus der Regelleistung für die Miete dazu. Neue berlinweite Zahlen gibt die Senatsverwaltung nicht heraus. Unter den 9.871 Bedarfsgemeinschaften sollen 2.892 Bedarfsgemeinschaften selbst die Kosten der Unterkunft gesenkt haben, z.B. durch Zuzahlung, Untervermietung oder Umzug. Aber auch jene sind darin enthalten, deren Wohnung geräumt wurde und die bei Freunden oder Bekannten vorübergehend unterkamen oder diejenigen, die nun in der Notunterkunft wohnen oder auf der Straße leben. Sie alle kosten weniger Unterkunft und Heizung als vorher. Besonders Wohnungslose existieren unter unhaltbaren Bedingungen – nämlich zum Preis des Verlustes jeglicher Privatsphäre.

Von Armut Betroffene verschulden sich. 2006 zahlte Berlin 3,2 Mio. € an Darlehen für Miet- und Energieschulden; bis Sept. 2007 waren es 4,4 Mio. €. Die Anzahl der Antragstellenden wächst täglich.

### **Gegen Zwangsumzüge!**

1090 Berliner Bedarfsgemeinschaften mussten 2006/ 2007 zwangsumziehen. Diese Zahl ist offiziell. Anzunehmen ist, dass dort diejenigen, die den Umzug trotz Antrag nicht bezahlt bekamen. Inzwischen sollen selbst Verwaltungsmitarbeiter hinter vorgehaltener Hand erzählen, dass in die Anzahl der Zwangsumzüge nur diejenigen eingehen, deren Umzugskosten gezahlt werden und die im ersten Monat nach der Aufforderung zur Senkung der Kosten der Unterkunft wirklich umziehen. Nach der Aussage von S. Gude vom TOPOS Institut für Stadtforschung Berlin zählt die Bundesagentur für Arbeit in einer ihrer Statistiken rund 10.000 Umzüge jährlich bei den Berliner Alg II-Beziehenden. Darunter fallen sowohl die Zwangsumzüge jeglicher Art als auch die freiwilligen Umzüge wegen Trennung, Scheidung, Gesundheit, zu kleiner Wohnung und aus anderen Gründen.

### **Keine Exmittierungen wegen angemessenen Mieten!**

Vielen Alg II-Beziehenden mit nur noch angemessenen Mietzahlungen geht es so, dass sie durchaus Wohnungen suchen, aber keine Wohnungen innerhalb der Mietobergrenzen finden oder aus Altersgründen, Krankheitsgründen o.ä. nicht in der Lage sind in Wohnungen in schlechten Wohnlagen oder mit Ofenheizung einzuziehen. Darüber hinaus ist es inzwischen allseits bekannt, dass die Neuvermietungspreise von kleinen Wohnungen unvermindert ansteigen. Deshalb bleiben viele Alg II-Beziehende in ihrer Wohnung. Wegen steigender Lebensmittelpreise und Energiepreise schaffen es viele nicht mehr, ihr Leben aus der Regelleistung zu bestreiten und zahlen deshalb die Miete nicht komplett oder pünktlich. Die Folgen sind Mietschulden, Zahlungs- und Räumungsklagen. Die Ziffer derjenigen, die das betrifft, ist unbekannt. Lakonisch wurde anfang 2008 nur behauptet, dass die Anzahl der Räumungen rückgängig sei.

**Wir laden Euch ein zur Veranstaltung am 6.10.2008 ab 16:00 Uhr in der Lunte, Weisestraße 53, 12051 Berlin**

*Programm: Musik \* weltweite Kämpfe zum Recht auf Wohnen \* Was ist los bei Hartz IV und Wohnen – Notruftelefon, unter 25-Jährige, Haftentlassene, Wohnungslose \* Musik \* Umfrage zu Hartz IV und Wohnen in Berlin \* Musik \* Neues zur AV-Wohnen \* Forderungen \* Aktuelle Fragen \* Musik*

**Der Aktionstag wird unterstützt von der Aktion Mensch.**

V.i.S.d.P.: Kampagne gegen Zwangsumzüge/ AG Notruftelefon/ Projekt „Wohnen am Limit“, c/o A. Allex, Str. d. Pariser Kommune 43, 10243 Berlin